Nummer 29

Berliner Börsen-Zeitung

Abendausgabe · Preis 70.–Mk. 68. Jahrgang Donnerstag, 18. Januar 1923.

Leitung Trude Hesterberg
WILDE BÜHNE
Kantstr. 11.

Die Zechenvertreter vor das Kriegsgericht geladen.

Die Räuber an der Arbeit.

EE Paris, 18. Januar.

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, haben sechs Grubenbesitzer, darunter Thyssen, und weitere fünfzehn Industrielle Vorladungen vor das französische Kriegsgericht erhalten. Mit der Durchführung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen werde jetzt begonnen. Zunächst wurde die Requirierung von Kohle und Koks angeordnet. Am Dienstag abend seien bereits 5812 Tonnen Koks und 597 Tonnen Kohle, die für Deutschland bestimmt waren, angehalten und nach Frankreich umgeleitet worden. Gestern hätten die auf diese Weise für Frankreich sichergestellten Kohlenmengen noch größeren Umfang gehabt, doch seien die genauen Ziffern noch nicht bekannt. Die gestern beschlossene Kohlensteuer werde heute erhoben. Die Grubenbesitzer hafteten mit ihrem Vermögen für die Ablieferung der Steuer, die vorläufig in Papiermark eingezogen werde.

Auch die Durchführung der gestern von Frankreich, Belgien und Italien beschlossenen Ausbeutung der deutschen Domänenwaldungen auf dem linken Rheinufer als „Sanktion" für die „Verfehlungen" Deutschlands bei den Holzlieferungen werde sofort ausgeführt. Forstingenieure seien bereits an Ort und Stelle. Als weitere Maßnahme sei für den Fall, daß der deutsche Widerstand aufrechterhalten bliebe, die Beschlagnahme der Staatsbergwerke in Aussicht genommen, die einen Betrag von jährlich 9 Millionen Tonnen Kohle lieferten. Falls das von Deutschland angesuchte Moratorium bewilligt würde, würden neue Pfänder verlangt werden. Der französische Garantieplan für das Moratorium werde wahrscheinlich am Sonnabend von der Reparationskommission erörtert werden. Poincaré hatte gestern Unterredungen mit dem Arbeitsminister Le Trocquer und dem Minister für die befreiten Gebiete Reibel.

Schärfste englische Absage.

London, 18. Januar.

„Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel zu den wachsenden Kosten und Schwierigkeiten der französischen Besetzung des Ruhrgebiets, die Franzosen versuchten, durch Drohungen die deutschen Kohlenbergwerksbesitzer von ihrem Gehorsam gegen die Berliner Regierung abzubringen. Die Zeiten seien aber vorbei, wo eine zivilisierte Regierung aus einem reichen Manne Reichtümer mit der Folter herauspressen könne. Nach welchem von den Nationen anerkannten Gesetze könnten außerdem die Franzosen gegen Privatbesitz und Privatpersonen vorgehen? Welche Befugnis hätten die französischen Militärbehörden, Privatpersonen zu verhaften und das Eigentum deutscher Bürger mit Beschlag zu belegen? Dies seien Fragen, von denen der künftige Friede und die Sicherheit der Zivilisation abhingen. „Daily Chronicle" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Franzosen die guten Dienste Englands annehmen und sich zurückziehen werden.

London, 18. Januar.

Der französische Botschafter Graf St. Aulaire hat gestern mittag eine Unterredung mit dem Premierminister Bonar Law gehabt, die eine halbe Stunde dauerte. Es wird vermutet, daß dabei die Frage der Ruhrbesetzung zur Sprache gebracht und dem britischen Premierminister Mitteilungen über die Pläne der französischen Regierung gemacht wurden.

Klare Erkenntnis in England.

London, 18. Januar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle" befaßt sich mit den französischen Zielen im Ruhrgebiet und fragt, ob Reparationen nicht nur ein Vorwand der Franzosen seien. Frankreich habe zwei Ziele im Auge, erstens die dauernde Zerstückelung und Schwächung Deutschlands durch Loslösung des Rheinlands und des Ruhrgebiets und zweitens die industrielle Vorherrschaft in Europa, mit anderen Worten, eine direkte Herausforderung der industriellen Stellung Englands. Der Eisenerzreichtum Frankreichs sei wertlos ohne deutsche Mitwirkung und Frankreich sei heute daran, diese deutsche Mitwirkung zu erzwingen, und verspreche sich davon Erreichung seines Ziels.

Einstimmige Verurteilung in Italien.

Rom, 17. Januar.

Die hiesige Abendpresse verurteilt einstimmig die Ausdehnung der militärischen Aktion Frankreichs im Ruhrgebiet. „Giornale d'Italia" schreibt: Das französische Vorgehen ist nichts anders als die Verletzung fremden Gebietes mitten im Frieden, und die Deutschen haben vollkommen recht, wenn sie behaupten, daß Frankreich auf Grund des Friedensvertrages nicht berechtigt ist, aus eigener Initiative und ohne ein vorheriges Abkommen mit allen anderen Signatarmächte Umstände zu schaffen, welche die Lage Europas ernstlich bedrohen. Die Nichterfüllung der Kohlenlieferungen durch Deutschland ist kein genügender Grund zu schwerwiegenden Maßnahmen, die, wenn sie fortgesetzt würden, die Rückkehr zur Legalität und zum Frieden auf dem Kontinent unmöglich machen würden. Das Blatt spricht auch die Befürchtung aus, daß durch das französische Vorgehen die Interessen Italiens geschädigt werden.

„Corriere d'Italia" sagt in sichtlicher Besorgnis, daß Frankreich entgegen seinem Versprechen der Ruhrkontrolle einen vorwiegend militärischen Charakter gebe. Mussolini habe zwar dagegen protestiert. Aber der Inhalt der französischen Antwort sei noch unbekannt.

„Epoca" schildert, wie die Ingenieurkommission vor allem den Militärbehörden unterstellt, und meint dann, Italien habe kein Interesse, die wirtschaftliche und politische Hegemonie Frankreichs in Europa zu fördern. Dabei erinnert das Blatt an die Italien feindliche Politik Frankreichs in Nordafrika.

„Tribuna" bedauert, daß entgegen dem Versprechen Frankreichs der Vormarsch im Ruhrgebiet vollständig den Charakter verloren hat, den Mussolini als Vorbedingung seiner Zustimmung festgelegt hatte. Frankreich habe seiner Expedition einen vorwiegend, wenn nicht ausschließlich militärischen Charakter gegeben. Es sei daher logisch, daß Italien Frankreich keine weitere Gefolgschaft leiste. Auch müßten gegen eine weitere Ausdehnung der Besetzung Bedenken verschiedener Art ausgesprochen werden.

Auch die „Idea Nazionale" ist der Ansicht, daß das französische Vorgehen der letzten Tage vieldeutig ist. Italien aber werde weder durch Deutschland noch durch Frankreich eine tatsächliche Abänderung des Friedensvertrages zulassen, sondern seine eigene Auffassung in Paris und London verteidigen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

B Essen, 18. Januar.

Eigener Drahtbericht.

Die Lage im Ruhrgebiet ist nach der wirtschaftlichen Seite auch heute noch ganz ungeklärt. Nach den von den Franzosen erfolgten Ankündigungen wäre anzunehmen gewesen, daß heute eine große Aktion mit Zwangsmaßnahmen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen beginnen würde. Von alledem ist aber bisher nichts verwirklicht worden. Von alledem ist aber bisher nichts verwirklicht worden. Es ist weder in der vergangenen Nacht eine Beschlagnahme aller Schleppkähne auf dem Rhein und dem Rhein-Herne-Kanal erfolgt, noch die Beschlagnahme aller leeren Eisenbahnwagen im Ruhrbezirk, und schließlich sind auch die gegen die Zechenleiter angedrohten Zwangsmaßnahmen noch nicht verwirklicht worden. Die einzige Kohlenrequisition, die bisher vorgenommen worden ist, betrifft die Ladung eines Schleppkahnes der Reederei Winschermann, der mit einer in Ruhrort eingenommenen Ladung Kohlen nach Mannheim bestimmt war und auf Grund eines Requisitionsbefehles der Franzosen nach Straßburg abgehen mußte. Sonstige Requisitionen sind auch in der Kohlenschiffahrt noch nicht erfolgt, scheinen aber bevorzustehen, denn die französische Besatzungsbehörde in Ruhrort hat dem dortigen Kohlenkontor aufgegeben, sie jeweils davon in Kenntnis zu setzen, welche Kähne geladen werden. In den Eisenbahngüterverkehr haben die Franzosen bisher noch nicht eingegriffen. Man scheint auf französischer Seite noch keinen Weg gefunden zu haben, der eine wirkungsvolle Kontrolle des Kohlenversandes auf der Eisenbahn ermöglicht, und hat daher zunächst auf einer Anzahl Stationen Bureaus eingerichtet, die von den Eisenbahnbehörden allerlei statistische Nachweisungen fordern, die aber von den amtlichen Stellen zum Teil nicht geliefert werden können, weil sie sich mit derartigen Statistiken bisher nicht befaßt haben.

Der Kohlenversand auf der Eisenbahn war gestern etwas größer als an den Vortagen. Die Zechen hatten etwa 2000 Wagen mehr angefordert. Gestellt wurden für den Brennstofversand 21 400 Wagen. Die Kohlentransporte gingen an die von den Zechen angegebenen Adressen. Reparationslieferungen erfolgten auch gestern nicht. Ueber die Möglichkeit der Durchführung der von den Franzosen angeblich geplanten Beschlagnahme aller leeren Eisenbahnwagen im Ruhrbezirk kann man sich in Verkehrsfachkreisen überhaupt kein Bild machen. Jeder Versuch nach dieser Richtung kann nur den einen sicheren Erfolg haben, den ganzen Eisenbahnverkehr im Ruhrbezirk vollständig durcheinander zu bringen und eine kaum wieder zu entwirrende Desorganisation zu schaffen.

Gestern fand in der Essener Eisenbahndirektion eine Zusammenkunft der Eisenbahnangestellten und Arbeiter des besetzten Bezirkes statt unter der Leitung eines französischen Obersten, der die Eisenbahner aufforderte, ruhig ihrer Arbeit nachzugehen. Auf Einwände aus der Versammlung bezüglich der Rechtlichkeit des französischen Vorgehens erklärte der Franzose, sich nicht äußern zu können. Er erklärte, daß keine Streiks geduldet würden. Die Tatsache, daß Verwaltung, Beamte und Arbeitervertreter eine Einheitsfront bildeten, setzte die Franzosen sichtlich in Erstaunen.

Die „Eca"-Korrespondenz meldet: Nach aus dem neu besetzten Gebiet bei den zuständigen Stellen vorliegenden Nachrichten mehren sich die Eingriffe der französischen Besatzung in private und öffentliche Einrichtungen. In der Bevölkerung des neu besetzten Gebiets findet neben der festen Haltung der Zechenbesitzer auch die entschlossene starke Haltung der Bergarbeiterschaft volle Anerkennung.

*

B Essen, 18. Januar.

Eigener Drahtbericht.

Die Kohlenrequisitionen in der Rheinschiffahrt durch die französischen Besatzungsbehörden haben im Laufe des heutigen Tages größeren Umfang angenommen, nachdem gestern abend zunächst nur die Kohlenladung eines einzelnen Kahnes requiriert worden war. Im Laufe des Vormittags haben die Franzosen, wie wir erfahren, eine ganze Anzahl weiterer Schiffsladungen Kohlen beschlagnahmt und den Schiffern aufgegeben, sich neue Schiffspapiere ausstellen zu lassen, wonach die beladenen Kähne anstatt nach ihren ursprünglichen Bestimmungsorten nach Straßburg gehen sollen. Diese Maßnahme der Franzosen wird notwendig zur gänzlichen Stillegung der Kohlentransporte auf dem Rhein führen, da sich die Kohlenverfrachter nicht der Gefahr der Beschlagnahme ihrer Kohlensendungen aussetzen und daher die Kohlenverschiffung einstellen werden.

Sie fürchten sogar den Gesang...

Essen, 18. Januar.

Auf Befehl der Besatzungsbehörde ist das Singen nationaler Lieder wie „Die Wacht am Rhein" und das Deutschlandslied verboten worden.

Gegen die französischen Truppen im Saargebiet.

Erneuter deutscher Protest beim Völkerbund.

Berlin, 18. Januar.

Wegen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet hat die Reichsregierung mit Bezug auf längere Ausführungen der Regierungskommission erneut beim Völkerbund Verwahrung eingelegt.

Die deutsche Note stellt fest, daß die Regierungskommission gerade auf die entscheidenden Gesichtspunkte nicht eingehe, nämlich auf den Charakter des Saargebiets als eines Abstimmungsgebiets und auf die Selbständigkeit der Verwaltung dieses Gebietes. Sie betont deshalb erneut, daß es mit der Idee und dem Zweck einer Volksabstimmung in keiner Weise vereinbar ist, wenn in dem Abstimmungsgebiet Truppen einer der Mächte, die im Wettbewerb um den endgültigen Besitz des Landes stehen, mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betraut werden. Ferner betont sie den Grundsatz der Selbständigkeit des Saargebiets, der für die Aufrechterhaltung der Ordnung sogar in erhöhtem Maße gilt, weil es nach § 30 der Bestimmungen über das Saargebiet „Sache der Regierungskommission" ist, für Ordnung und für den Schutz von Personen und Eigentum zu sorgen. Die Note fährt sodann fort:

„Solange eine so wichtige Verwaltungsaufgabe nicht ausschließlich in den Händen der Regierungskommission ruht, fehlt ein Erstein in dem Verwaltungsgebäude, das im Saargebiet errichtet werden soll. Frankreich hat zwar das Recht, die Gruben auszubeuten, es ist aber nicht seine Sache, sie zu schützen."

Zu den verschiedenen, von der Regierungskommission vorgebrachten Erwägungen praktischer Art bemerkt sodann die deutsche Note, für solche Erwägungen sei nur vor Unterzeichnung des Vertrages Raum gewesen; nachdem der Vertrag in Kraft sei und seine Verfasser, wie angenommen werden muß, in voller Kenntnis der Verhältnisse bestimmt hätten, daß die Ordnung im Saargebiet nur durch eine örtliche Gendarmerie aufrecht erhalten werden solle, sei es nicht angängig, eine so grundlegende Bestimmung unter Anführung praktischer Bedenken unausgeführt zu lassen. Es möge zutreffen, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saarbecken gewissen Schwierigkeiten begegne. Aber ähnliche, sogar noch größere Schwierigkeiten habe auch die Deutsche Regierung, z. B. innerhalb der 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins, wo keine deutschen Truppen unterhalten werden dürfen. Wenn die deutsche Regierung in diesen Gegenden die Ordnung ohne Truppen aufrechterhalten müsse, so bestehe kein Grund, die Regierungskommission von der Durchführung einer ähnlichen Bestimmung für das Saargebiet zu befreien. Die Regierungskommission erkläre ferner die Anwerbung eines genügenden Gendarmeriepersonals aus der Bevölkerung für unmöglich und begweise die Verläßlichkeit einer aus Landesbewohnern zusammengesetzten Gendarmerie. Wenn dies zutreffend wäre, so könnte kein Staat von der Größe des Saargebiets eine verläßliche Gendarmerie besitzen. Uebrigens sei selbst die interalliierte Rheinlandkommission anderer Auffassung, da sie in zunehmendem Maße verlange, im besetzten Gebiet das Gendarmeriepersonal aus der ortsansässigen Bevölkerung zu entnehmen.

Die Note bemerkt schließlich folgendes: „Die Regierungskommission erklärt, sie werde die örtliche Gendarmerie entsprechend ihren bisherigen Mitteln und je nach Bedarf entwickeln. Aehnliche Erklärungen hat sie bereits vor längerer Zeit abgegeben. Die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie ist bereits im Juni 1920 begonnen worden. Ihre Zahl beträgt jetzt 155 Mann. Wenn etwa ihre Entwickelung mit demselben Zeitaufwand weitergeführt werden sollte, könnte sie erst in rund 60 Jahren vollendet sein, sodaß der glatte und unbeeinflußte Verlauf der Volksabstimmung im Jahre 1935 wesentlich von dem Wohlverhalten der französischen Truppen abhängen würde.

Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung erneut erklären, daß ihr, nachdem der Vertrag von Versailles schon drei Jahre in Kraft ist, die Ersetzung der französischen Truppen durch die vertraglich allein zulässige Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben erscheint, die die Durchführung des Vertrages im Saarbecken erfordert. Sie wiederholte daher gegenüber dem Völkerbund ihre Bitte, Maßnahmen zur beschleunigten Zurückziehung der Truppen aus dem Saargebiet treffen zu wollen."

Die russische Wirtschaftskrise.

Aus Riga, 8. Januar, wird uns geschrieben:

„Wo liegt die Katastrophe? Hinter uns oder vor uns?" Diese Frage wurde in Moskau kürzlich auf einer Sitzung des „Rates für staatliche Gewirtschaftung" seitens einiger hoher Staatsfunktionäre aufgeworfen. Sie wird auch außerhalb Rußlands gestellt, sobald man sich über die gegenwärtige Lage der Sowjetwirtschaft belehren lassen will. Es möchte scheinen, daß die Fragestellung dieser Art an und für sich falsch ist. Die letzten fünf Jahre haben erwiesen, daß die Sowjetwirtschaft allerdings einen ungewöhnlichen Zustand des Verfalls erreicht hat, daß es aber doch gelungen ist, einen ausgesprochenen Zusammenbruch zu vermeiden. Auch in den schlimmsten Zeiten wurde dafür gesorgt, daß in den allernotwendigsten Wirtschaftsgebieten das Leben nicht völlig erstarb.

Von den 5 Jahren Sowjetwirtschaft waren die letzten 1½ Jahre durch Anwendung der neuen Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Welche Resultate haben diese 1½ Jahre gehabt? Hat der Verfall der Wirtschaft zugenommen oder ist eine Besserung eingetreten? Diese Frage wird von vielen Beobachtern des heutigen Rußlands mit dem Hinweise auf das „allseitige Aufblühen des Handels" beantwortet. Auch erwähnt man oft den Aufschwung, der sich bei der leichten Industrie bemerkbar macht, und weist auf die wesentlich günstigere Lage der Landwirtschaft hin. Dem kann nicht widersprochen werden. Man hat scheinbar alles in allem die schwerste Zeit, die „Katastrophe", hinter sich. Doch auf vielen Gebieten schreitet der Verfall fort und eine „Krise" folgt der anderen. Aus einer näheren Erörterung der einzelnen Wirtschaftsgebiete mag sich ein Gesamtbild der Lage ergeben.

Die Lage der Landwirtschaft ist tatsächlich besser als vor einem Jahre. Doch kann kaum von einer bedeutenden Steigerung der Produktion gesprochen werden. Die Zustände auf dem Lande sind recht trostlos. Sie werden charakterisiert: durch 1. ständiges Schwanken der Ernteziffern in den erzeugenden Gebieten, 2. auffallende Verkürzung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, 3. Uebergang von kultivierten zu elementaren landwirtschaftlichen Methoden und 4. Verkürzung der Zahl der Arbeitskräfte und des Zugviehs. Die Folge von alledem: ein allgemeiner Rückgang der Produktionskraft und Abnehmen der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung. Die Mißernte des Jahres 1921 ist so folgenschwer gewesen, daß auch die diesjährige bessere Ernte keineswegs den Schaden gutzumachen vermag. Die Naturalsteuer ergab im vorigen Jahre 267 Millionen Pud Getreide, desgleichen wurden gegen 150 Mill. Pud auf den freien Markt geworfen. In diesem Jahre hat die Naturalsteuer nicht viel mehr ergeben, während im Handel gegen 800 Millionen Pud umgesetzt wurden. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß heuer die Naturalsteuer wesentlich schneller und fast ohne Zwangsmittel eingetrieben werden konnte. Sie lastet weniger schwer auf der Bevölkerung, die auch von empfindlichen Goldsteuern fast völlig verschont wird. Trotzdem ist die Lage der Landwirtschaft so schwer, daß nur durch Investierung bedeutender Mittel hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Besonders Sorge verursacht der Regierung der mehr als unbefriedigende Zustand des Transportwesens.

Man hat das gesamte Eisenbahnnetz Rußlands in drei Kategorien geteilt: 1. Die im Staatsinteresse wichtigsten Eisenbahnlinien sollen 100 Prozent der angemeldeten erforderlichen Hilfsmittel und Heizstoffe erhalten. 2. Die Strecken zweiter Kategorie, welche die Aufgabe haben, die wichtigsten Linien zu versorgen, erhalten nur 50 Prozent ihres Bedarfs gedeckt. 3. Die Bahnen dritter Kategorie, deren Bedeutung einen lokalen Charakter trägt, werden mit kaum 30 Prozent ihres Bedarfs versorgt. Die Einnahmen von den Eisenbahnen stehen im Staatshaushalt an erster Stelle und steigen ständig (3 Trillionen Rubel im März und 33 Trillionen im Juni – während der Stabilisierungsmethode des Rubels!) Trotzdem weisen die Eisenbahnen ein erhebliches Defizit auf, weil die vorhandenen Transportmittel und der ganze Apparat ursprünglich für eine wesentlich größere Arbeitsleistung berechnet waren, als sie zurzeit ausgeführt werden kann. Auf den russischen Eisenbahnen werden fast eine Million Menschen beschäftigt, die der Staat versorgt. Ihre Lage ist nichts weniger als rosig.

Die Versorgung der Eisenbahn mit Heizmaterialien ist äußerst unbefriedigend. Die Kohlenförderung beträgt kaum 4 pKt. der Vorkriegsproduktion. Fast alle Eisenbahnen Rußlands werden zurzeit durch Holzfeuerung in Betrieb erhalten. Vom 1. Oktober 1921 bis 1. Juli 1922 sind im ganzen 3700 Tausend Kubikfaden Holz verbraucht worden. Da die Holzbeschaffung in der Ukraine schwerer als in anderen Gebieten Rußlands ist, konnten in der Ukraine nur gegen 50 pKt. der planmäßig vorgesehenen Züge abgefertigt werden. Die Zahl der „kranken" Lokomotiven wächst ständig. Im Jahre 1918 betrug sie 38 pKt., 1919 – 51,5 pKt. und 1922 – 61 pKt. des Bestandes. Die Gesamtzahl der Lokomotiven ist, infolge Lieferungen aus Deutschland und Schweden gestiegen, sie beträgt – 19 052. Doch nur 7409 hiervon sind „gesund". Mit den Waggons verhält es sich noch schlimmer. Alle Vorräte zur Erneuerung der Wellen sind seit 1918 verbraucht worden. Die Verwaltung der Eisenbahnen gab für das Jahr einen Bedarf von 22 765 Tausend Stück an, es konnten jedoch nur 8500 Tausend Stück fertiggestellt werden. Somit wird in allen Dingen nur ein geringer Teil des Bedarfs gedeckt werden. Nach größten Anstrengungen. Diese Arbeit beugt aber auch hier dem Zusammenbruch vor, denn es immer noch gelungen ist zu verhüten.

Die Lage der schwere Erze erzeugenden Industrie ist in vollem Sinne des Wortes katastrophal.

Der Ertrag des Jahres 1922 wird auf 18,8 Mill. Pud (Tschugum) d. i. 6,4 pKt. der Vorkriegsproduktion geschätzt. Er deckt lediglich 4 pKt. des Gesamteisenbedarfs des Landes. Alle Vorräte sind verbraucht. Im Donezgebiet ruhen die meisten Betriebe, fast alle stehen unter Wasser. Gleichzeitig hat sich die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter bis zu einem Minimum verringert. Die Sowjetpresse weist täglich auf den trostlosen Zustand dieses Wirtschaftszweiges hin und schlägt Alarm. Die letzten finanziellen Maßnahmen, welche die Reichsbank vorgenommen hat, sind im wesentlichen ausschließlich zur Hebung der Schwerindustrie erfonnen worden. Mit vieler Mühe ist eine Summe von 20 Millionen Goldrubel zu diesem Zweck mobil gemacht worden. Sie genügt